

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
151 · Ausgabe CH · Januar 2015
AZB 3001 Bern



«Wir wollen eine Schweiz der Toleranz und der Aufklärung»

Im Wahljahr müssten sich die Schweizerinnen und Schweizer entscheiden: entweder für eine Schweiz der Angst und der Abschottung oder für eine Schweiz der Toleranz und der Aufklärung, sagt Christian Levrat im Interview.

AUFHEBUNG DES EURO-MINDESTKURSES

Die Nationalbank hat den Schutzschild gegen die Spekulation ohne zwingende Not aufgegeben. S. 6/7

PRO UND CONTRA FREIERVERBOT

Eine Befürworterin und eine Gegnerin erläutern ihre jeweiligen Positionen. S. 14/15

CHRISTIAN LEVRAT ÜBER ZWEI BILDER DER SCHWEIZ, DIE SICH IM WAHLJAHR GEGENÜBERSTEHEN, ÜBER HERAUSFORDERUNGEN DER DIREKTEN DEMOKRATIE UND DEN UMGANG MIT JUBILÄEN.

«Die SP ist Garantin für Zusammenhalt und Offenheit»

Wir stehen am Anfang eines Wahljahres. Wie wichtig sind Wahlen in einer Zeit noch, in der zentrale Entscheide wie jene über die Zuwanderung von der Stimmbevölkerung gefällt werden?

Diese Wahlen sind sehr wichtig. Es stehen sich derzeit zwei politische Lager gegenüber, die diametral unterschiedliche Vorstellungen von der Schweiz haben. Die SVP will eine Schweiz der Abschottung und der Angst. Sie will die Europäische Menschenrechtskonvention aufkündigen, keine Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen und sie redet unsere Institutionen seit Jahrzehnten schlecht. Wir auf der anderen Seite wollen eine Schweiz der Toleranz, eine Schweiz der Aufklärung. Am 18. Oktober wird sich entscheiden, welches der beiden Lager die Schweiz künftig prägen wird.

Wie steht es um FDP, CVP und die übrigen bürgerlichen Parteien?

Die FDP befindet sich in einer Orientierungslosigkeit historischen Ausmasses. Sie ist nicht in der Lage, sich zwischen der Schweiz der Aufklärung – zu der sie bei der Begründung des modernen Bundesstaates 1848 gehörte – und der Schweiz der Abschottung zu entscheiden. FDP-Präsident Müller ist die Verkörperung dieser Orientierungslosigkeit: Er persönlich neigt zur SVP, die 18-Prozent-Initiative hat ihn grossgemacht. Gleichzeitig weiss er, dass Teile seiner Partei mit diesem Kurs nicht einverstanden sind. Wir, die SP, sind für dieses aufgeklärte Bürgertum Garantin für Zusammenhalt und Offenheit der Schweiz.

Was ist mit der Mitte ...

Mit was?! (Lacht.)

Mit CVP, BDP, GLP ...

(seufzt) Mit der CVP haben wir in der letzten Legislatur teilweise gut zusammengearbeitet, etwa in der Energie- oder Finanzplatzpolitik. Die GLP ist ein anderes Paar Schuhe. Auch mit ihr kann man in Sachfragen ab und zu zusammenarbeiten. Wenn es um Machtfragen geht, wird es allerdings schwierig: Sowohl 2007 als auch 2011 hat Martin Bäumle bei der Bundesratswahl

Interview
Andrea
Bauer

Blocher unterstützt. Damit hat die GLP sich gegen das Lager der Aufklärung gestellt.

Der Ausgang der Parlamentswahl entscheidet darüber, ob bei der darauffolgenden Bundesratswahl die heutige Mehrheit von SP, CVP und BDP verteidigt werden kann oder ob SVP und FDP einen vierten Sitz holen ...

Ja. Der Bundesrat hat in der letzten Legislatur viele seiner Entscheide mit einer 4:3-Mehrheit gefällt. Diese Mehrheit ist in Gefahr. Es reicht, dass unser Lager im Parlament sechs Sitze an die Rechtskonservativen verliert, damit die SVP einen zweiten Bundesratssitz holt. Das ist nicht auszuschliessen, auch wenn ich optimistisch bin, was unser eigenes Wahlresultat angeht.

Was ist das Wahlziel der SP?

20 Prozent. Dafür müssen wir jedoch einige Zehntausend Stimmen dazugewinnen.

Die SP will in diesem Wahlkampf erstmals potenzielle Wählerinnen und Wähler per Telefon mobilisieren. Nervt das die Leute nicht?

Das glaube ich nicht. Wir haben es mehrfach ausprobiert, etwa kürzlich bei den Gemeindewahlen in Thun. Die häufigste Reaktion, die wir erhielten, war: «Gut, dass Sie mich anrufen!» Es folgten interessante Diskussionen. Es reicht heute nicht mehr, Standaktionen zu machen. Die sind auch gut, aber wir müssen einen Schritt weiter gehen, auf die Leute zugehen. Ich bin sehr überzeugt von dieser Mobilisierungsform.

Welche Themen werden dieses Wahljahr dominieren?

Zuerst einmal, das wissen wir seit dem 15. Januar, die Folgen des Entscheids der SNB zum Mindestkurs. Die Aufwertung des Frankens könnte uns Tausende von Arbeitsplätzen kosten und die Schweiz in eine Rezession stürzen. Darüber hinaus sicher die Rentenreform 2020, unsere Beziehungen mit Europa, insbesondere die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative, und die Verteilungsfrage. Bei der Verteilungsfrage geht es vor allem um die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau. In dieser Frage treten wir seit 15 Jahren an Ort, es gibt sogar reale





«Zur Zeit des Ancien Régime, vor 1848, herrschten ein paar Adelsfamilien über den Rest der Bevölkerung. Das will die Rechte feiern? – Ich nicht.»

Rückschritte und das können wir nicht hinnehmen. Der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» sollte im 21. Jahrhundert eine Selbstverständlichkeit sein.

Du sprichst von der Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative als zentralem Thema. In früheren Wahlkämpfen hat die SP die Themen Europa und Migration eher vermieden ...

Eine Mehrheit hat am 9. Februar 2014 an der Urne entschieden, dass die Schweiz die Migration stärker selber steuern soll. Wollen wir gleichzeitig unsere Beziehungen mit der EU nicht gefährden, müssen wir die Personenfreizügigkeit verteidigen. Aus diesem Dilemma gilt es einen Ausweg zu finden. Unsere Haltung ist klar: Migration muss über Sozial- und Wirtschaftspolitik gesteuert werden. Die inländischen Arbeitskräfte müssen besser ausgebildet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und ältere Arbeitnehmende besser geschützt werden. Mit fremdenpolizeilichen Massnahmen, wie sie die bürgerlichen Parteien fordern, lässt sich keine vernünftige Migrationspolitik machen.

Rechtsnationalisten in Europa versuchen den Anschlag auf die Satirezeitschrift «Charlie Hebdo» zu instrumentalisieren. Wie soll man darauf antworten?

Ich bin nach Paris gereist, um an der Grosskundgebung für «Charlie Hebdo» teilzunehmen. Was mich neben der Solidarität und der Brüderlichkeit, die vorherrschte, berührt hat, war die Angst der Menschen, dass die Ereignisse missbraucht werden. Wir haben kein Problem mit dem Islam, wie Rechtsnationalisten behaupten, sondern mit Terroristen, die sich auf eine Religion berufen. Diese Terroristen bekämpfen wir am klügsten damit, dass wir dem Islam in Europa gebührend Platz geben. Solange wir ihn wie einen Fremdkörper behandeln, nähren wir den Terrorismus. Jene, die bei der Pegida-Bewegung mitmachen, oder jene, die Minarette verbieten wollen, sind darum – objektiv betrachtet – die Verbündeten der islamistischen Terroristen.

Wie bereits angesprochen, werden heute wichtige Fragen von der Stimmbevölkerung entschieden. Vor allem die Rechte nutzt die direkte Demokratie erfolgreich für ihre Ziele ...

Simonetta Sommaruga hat in ihrer Neujahrsansprache eine wichtige Botschaft ausgesendet: Die direkte Demokratie ist ein einmaliges System. Es ist aber auch ein System, das der Bevölkerung viel Verantwortung überträgt und die Leute zwingt, sich zu informieren und sich eine Meinung zu bilden. Die direkte Demokratie macht das Volk zu einer der tragenden Institutionen des Landes – neben Parlament, Gerichten und Bundesrat. Das Volk ist Teil des Systems, und keine Berufungsinstanz gegen die Politik, wie es die Rechte deutet. Es gibt nicht auf der einen Seite das Volk und auf der anderen die Classe politique. Volksinitiativen sollten auch Grenzen haben. Die direkte Demokratie entbindet uns nicht von Menschenrechten oder vom Völkerrecht.

Du bist also der Ansicht, dass Volksinitiativen vor der Lancierung darauf überprüft werden

sollten, ob sie sich innerhalb der geltenden Rechtsordnung befinden?

Ja. Wir müssen Initiativen, die völkerrechtswidrig sind, für nichtig erklären können. Dem Parlament fehlt dazu jedoch der Mut. Die Ausschaffungsinitiative hätte für ungültig erklärt werden müssen. Bei der Durchsetzungsinitiative haben wir dafür gekämpft, am Ende wurde sie vom Parlament aber nur für teilweise ungültig erklärt. Auch die wirtschaftlich vernetzte Schweiz hat alles Interesse daran, dass internationale Verträge von allen eingehalten werden.

Die SVP hat angekündigt, im Wahljahr eine Initiative zu lancieren, die verlangt, dass die Bundesverfassung höher gewichtet wird als das Völkerrecht ...

Die Initiative wäre ein Frontalangriff auf die Menschenrechte. Ziel ist es, die Europäische Menschenrechtskonvention zu kündigen. Dabei vergisst die SVP, dass diese Konvention die Antwort der europäischen Völker auf die Grausamkeiten des Zweiten Weltkriegs war. Es wäre ein Hohn, wenn ausgerechnet zum siebzigsten Jahrestag des Kriegsendes eine Volksinitiative gegen diese Menschenrechte lanciert würde. Absurder geht es nicht.

Apropos Jubiläum: Das anstehende Jubiläum zu 500 Jahre Schlacht bei Marignano will die Rechte nutzen, um ihre Erzählung von Abschottung und Neutralität zu etablieren. Was setzt die SP dem entgegen?

Die Rechte soll Marignano ruhig feiern, es ist sogar sehr originell. Wir wären damit das einzige Land weltweit, in dem eine Niederlage gefeiert wird. Ich habe in Paris vergeblich nach einer «Gare Waterloo» gesucht, einem Bahnhof, der nach dem Ort benannt wäre, wo Napoleons Niedergang besiegelt wurde. Im Ernst: Die Erzählung der Rechten ist falsch. Marignano markiert nicht den Beginn der Neutralität, es war die letzte koordinierte Offensive der Schweiz im Ausland. Danach gab es genauso viele Schweizer Soldaten im Ausland – nur kämpften sie mit den Habsburgern, den Franzosen oder dem deutschen Kronprinzen. Die Frage ist: Welche Schweiz wollen wir? Die von Marignano oder die von 1848, als der Bundesstaat begründet wurde? Wir werden am 12. September den Gründungstag der modernen Schweiz feiern. Darauf freue ich mich. Am Tag darauf will die SVP dann Marignano feiern – das scheint mir die richtige Reihenfolge zu sein.

Bei 1848 denkt man zuerst an den Freisinn, nicht an die SP ...

Der Freisinn ist willkommen, mit uns zu feiern, wenn er sich von seiner Orientierungskrise erholt hat. Zur Zeit des Ancien Régime, vor 1848, herrschten ein paar Adelsfamilien über den Rest der Bevölkerung. Das will die Rechte feiern? – Ich nicht. Das ist nicht die Schweiz, für die wir stehen. Wir stehen für den modernen Bundesstaat von 1848, auf den die Menschenrechte, die Gewaltenteilung und die Struktur unseres Staats zurückgehen. Unsere Schweiz ist die der Menschenrechte, die soziale Schweiz, die sich nach dem Generalstreik entfalten konnte, die Schweiz des Friedens. ■

Doppelte Mogelpackung

AM 8. MÄRZ KOMMEN DIE INITIATIVEN «ENERGIE- STATT MEHRWERTSTEUER» UND «FAMILIEN STÄRKEN! STEUERFREIE KINDER- UND AUSBILDUNGSZULAGEN» ZUR ABSTIMMUNG. SIE HABEN EINES GEMEINSAM: AUF DEN ERSTEN BLICK SEHEN SIE GUT AUS, BEIM GENAUEREN HINSEHEN ENTPUPPEN SIE SICH JEDOCH ALS MOGELPACKUNGEN.

Finanzpolitisches Roulette

Die Energie-Initiative der GLP ist finanzpolitisch brandgefährlich. Die Ersetzung der Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer, wie es die Initiative verlangt, wäre gleich in zweierlei Hinsicht ein Umbau auf dem Rücken der Einkommensschwachen: Sie würde einerseits zu Sparprogrammen führen und andererseits die tieferen Einkommen überproportional belasten.

Keine finanzpolitischen Experimente

Mit einem Ja zur Initiative würde die Schweiz ein unkalkulierbares Risiko eingehen: Die Mehrwertsteuer ist mit über 22 Milliarden pro Jahr die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Insbesondere für die Finanzierung von AHV und IV ist sie von zentraler Bedeutung.

Keine Sparprogramme provozieren

Die Initiative hat einen fatalen Konstruktionsfehler: Würde die Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer ersetzt, wäre rund ein Drittel aller Steuereinnahmen an den Konsum von umweltschädlichen Energieträgern geknüpft. Würde die Steuer tatsächlich wirken und der fossile Verbrauch abnehmen, hätte das eine schleichende Schrumpfung des gesamten Steueraufkommens zur Folge. Um dem entgegenzuwirken, müsste der Steuersatz entweder permanent erhöht oder so tief angesetzt werden, dass er seine Lenkungswirkung gar nicht erst entfaltet. Beides ergibt wenig Sinn. Viel wahrscheinlicher ist, dass die sinkenden Einnahmen auf Kosten der Allgemeinheit kompensiert würden.

Kein unsozialer Umbau

Der Ersatz der Mehrwertsteuer durch die regressive Energiesteuer – die Kosten für Energie machen bei tieferen Einkommen einen grösseren Anteil aus – würde Haushalte mit niedrigem Einkommen überproportional belasten.

Unsoziales Steuergeschenk

Die Steuerbefreiung von Familienzulagen, wie sie die Initiative der CVP vorsieht, mag attraktiv und familienfreundlich erscheinen. In Wirklichkeit ist sie ein unsoziales und teures Steuergeschenk zugunsten der oberen Einkommen. Familien mit tiefen Einkommen, die eine Entlastung wirklich nötig hätten, gehen leer aus.

Keine Steuergeschenke für Reiche

Profitieren würden in erster Linie reiche Familien. Insbesondere auf Bundesebene würden nur der obere Mittelstand und Personen mit hohem Einkommen steuerlich entlastet. Denjenigen 50 Prozent der Familienhaushalte, die bereits heute keine direkte Bundessteuer bezahlen, würde die Initiative hingegen nichts bringen. Dabei wären das genau die Familien, die eine Entlastung am dringendsten nötig hätten.

Keine Sparprogramme auf Kosten der Familien

Gemäss Bundesrat hätte die Initiative bei Bund und Kantonen Mindereinnahmen von rund 1 Milliarde Franken zur Folge. Dieser Betrag müsste mit Sparmassnahmen kompensiert werden: bei Bildung, Prämienverbilligungen oder familienergänzenden Betreuungsangeboten. Dieser Abbau trifft also ausgerechnet die Familien am stärksten, die von der Initiative am wenigsten oder gar nicht profitieren. Die Initiative wäre also sogar eine doppelte Umverteilung von unten nach oben.

Kein Schlupfloch für Steueroptimierung

Die Initianten blenden bewusst aus, dass Kinderzulagen einen Lohnbestandteil darstellen und darum keine steuerliche Sonderbehandlung erfahren dürfen. So wie der Initiativtext formuliert ist, könnten findige Arbeitgeber die Kinderzulagen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zulasten des eigentlichen Lohns massiv erhöhen und ihnen somit einen möglichst hohen steuerfreien Lohnanteil gewähren.



DARUM GEHT ES

Die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» verlangt die Einführung einer Steuer auf nicht erneuerbare Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran. Die steuerliche Mehrbelastung des Energieverbrauchs soll im Gegenzug durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer kompensiert werden. Das Parlament, der Bundesrat sowie eine breite Parteienallianz von links bis rechts lehnen die Initiative ab.

Die Initiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» fordert, dass Kinder- und Ausbildungszulagen künftig nicht mehr als steuerbares Einkommen behandelt werden. Konkret verlangt sie folgende Ergänzung von Artikel 116 der Bundesverfassung: «Kinder- und Ausbildungszulagen sind steuerfrei.» Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament empfehlen die Initiative zur Ablehnung.

Ein teures Einknicken vor dem Finanzmarkt

DER EURO-MINDESKURS ZUM FRANKEN HAT SICH ÜBER DREI JAHRE BEWÄHRT UND DIE SCHWEIZ VOR EINER WEITEREN ABWANDERUNG DER INDUSTRIE GESCHÜTZT. DIE NATIONALBANK HAT DEN SCHUTZSCHILD GEGEN DIE SPEKULATION OHNE ZWINGENDE NOT AUFGEGEBEN.

Stefan Hostettler
stv. Generalsekretär
und Leiter Politik
der SP Schweiz

Bevor die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 6. September 2011 öffentlich erklärte, sie toleriere «am Devisenmarkt ab sofort keinen Euro-Franken-Kurs unter dem Mindestkurs von 1.20» und werde das «mit aller Konsequenz durchsetzen und (dazu) unbeschränkt Devisen kaufen», wurde die SP für die gleiche Forderung belächelt. Sogenannt renommierte Ökonominen und Ökonomen behaupteten, so etwas wäre nicht möglich und wenn, dann nur zu immensen Kosten.

Dreieinhalb Jahre war der Mindestkurs ein Erfolg und das Vorgehen wurde innert kurzer Zeit von allen Seiten gelobt. Und doch stänkeren in den letzten Monaten immer wieder bestens bekannte Vertreter des Finanzplatzes wie Oswald Grübel oder Kurt Schiltknecht, dass diese Situation nicht länger haltbar sei. Just sechs Tage nachdem die SNB verkündet hatte, diese vermeintlich so teure Aktion habe 2014 einen Jahresgewinn von 38 Milliarden Franken (oder 38 000 000 000) und somit wieder einen Geldsegen von 1 Milliarde Franken für Bund und Kantone ermöglicht, überrascht – oder besser: schockiert – die Notenbank die ganze Welt mit der Aufhebung des Mindestkurses.

Einsamer und hastiger Entscheid

Wieso hat die SNB diesen Schritt getan? Die verschiedenen Erklärungsversuche der obersten Geldwächter vermochten bisher nicht zu überzeugen. Es stimmt zwar,

dass der Mindestkurs immer als temporäre Massnahme bezeichnet worden ist. Nur ist dies kein Grund, im dümmsten Moment, dann nämlich, wenn die Unsicherheit an den Finanzmärkten wieder gross ist, den Mindestkurs in einer Hauruck-Übung aufzuheben. Die Aussage des SNB-Chefs Thomas Jordan, wonach der Mindestkurs keinen Sinn mehr mache, ist schlicht nicht nachvollziehbar und wurde umgehend an den Märkten mit einem Kurssturz widerlegt.

Die Nervosität ist an den Devisenmärkten derzeit aufgrund von internen Diskussionen bei der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie Wahlen beziehungsweise allfälligen neuen Regierungsbildungen in Griechenland und Spanien hoch. Befürworter des SNB-Entscheidung machen darum geltend, ein Festhalten am Mindestkurs wäre in diesem Umfeld teuer geworden; eine Aussage, die nachweislich falsch ist. Teuer zu stehen kommt nur das öffentliche Zweifeln an der eigenen Geldpolitik oder ein Kurswechsel, wie er jetzt vorgenommen wurde.

Irritiert hat dieses Vorgehen nicht nur die schweizerische Öffentlichkeit und die Devisenhändler. Selbst die anderen Notenbanken wurden vor diesem Entscheid, der das ganze internationale Währungssystem durchschüttelt, nicht konsultiert. Die Chefin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, erzürnte dieses eigenbrötlerische Vorgehen offenbar dermassen, dass

sie sich auch in den Medien darüber beklagte.

Teure ideologische Korrektur

Fragwürdig sind aber nicht nur Form und Zeitpunkt. Laut Gesetz ist es die Aufgabe der SNB, die Preisstabilität zu wahren und dabei die konjunkturelle Entwicklung nicht aus den Augen zu lassen. Beiden Anliegen wird mit der massiven Aufwertung des Frankens seit der Kursfreigabe in keiner Weise Rechnung getragen. Der schweizerischen Volkswirtschaft drohen eine Deflation, also sinkende Preise, und eine Rezession mit steigender Arbeitslosigkeit.

Wieso foutiert sich die SNB um diese Aussichten? Man hofft darauf, dass sich die Finanzmärkte beruhigen und sich der Frankenkurs auf «einem vernünftigen Niveau einpendelt». Der Markt soll es also richten – und damit haben die Finanzjongleure gewonnen, die auf ein Einknicken spekuliert hatten, weil sie spürten, dass die SNB-Spitze offenbar der Mut verliess. Jene rechtsbürgerlichen Kreise, die seit Jahren die SNB und insbesondere den früheren Direktoriumspräsidenten Philipp Hildebrand im Visier hatten, monierten schon immer, der neue Stil der Notenbank sei zu aktivistisch und vor allem zu politisch. Die grauen Herren, die früher niemand kannte, standen spätestens seit der UBS-Rettung 2008 immer wieder im Scheinwerferlicht.

Dass die SVP und ihre Finanzplatz-Freunde angesichts des Sieges



Die Aussage
des SNB-Chefs
Thomas Jordan,
wonach der
Mindestkurs
keinen Sinn
mehr mache, ist
schlicht nicht
nachvollziehbar.

der Spekulanten frohlocken, hat noch andere Gründe: Das unabgesprochene Vorgehen der SNB und das öffentliche Misstrauensvotum gegenüber dem Euro und der EZB ist natürlich Musik in den Ohren der Alleingangs-Euphoriker. Da passt dazu, dass die SVP umgehend als politische Antwort auf den SNB-Entscheid eine Kündigung des bilateralen Wegs verlangt. Nach dem Motto: Wenn schon allein, dann richtig.

Angriff auf Löhne und Arbeitszeit

Umso wichtiger sind die klaren Signale von SP und Gewerkschaften: Gewerbeverband- und Arbeitgebervertreter, die bereits versuchen, unter dem Vorwand des erstarkten Frankens Löhne zu drücken und längere Arbeitszeiten einzufordern, greifen den sozialen Frieden an. Vielmehr gilt es jetzt sicherzustellen, dass die Unternehmen die tieferen Einkaufspreise aus dem Euroraum auch an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergeben und die Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft geschützt werden.

Doch wenn es darum geht zu verhindern, dass die Industrie ihre Produktion aufgrund des weiter erstarkten Frankens definitiv ins Ausland verschiebt, kommt über kurz oder lang wieder die SNB ins Spiel. Schlussendlich verfügt nur die Notenbank über die Mittel, den Finanzmärkten mit Interventionen zumindest zu zeigen, wo die Schmerzgrenze für die Exportindustrie wirklich überschritten ist.

STAND PUNKT



Alles klar?

Jetzt sieht man sie wieder, diese Bilder: Herr und Frau Schweizer fahren im stockenden Kolonnenverkehr mit dem Auto über die Grenze und kehren mit vollen Einkaufstaschen zurück in die Schweiz. Empörte Gewerbevertreter sind vor Ort und versuchen sie in moralischer Mission davon abzuhalten: «Sie zerstören mit Ihrem Einkauf Jobs in der Schweiz! Sie machen Lehrstellen kaputt!» Die Leute drucksen rum und können das schlechte Gewissen kaum kaschieren. Und was entgegnet Wirtschaftsminister Schneider-Ammann, angesprochen auf den zunehmenden Einkaufstourismus im nahen Grenzgebiet aufgrund des eingebrochenen Eurokurses (Originalzitat!)? «Jaa ... es ähh ... eh, dr Priisungerschiid isch natürlech nid gringer worde und über d Gränze ga ichoufe isch ou es Erläbnis und was mir natürlech wei, isch ehh zum Bischpiu ehh d Ladeöffnigszite hie verlengere, bescheide, aber doch, damit me ou hie bi üs bis i d Aabestunde cha iichoufe, damit mer hie d Wärtschöpfig lö la entstaah.»

Alles klar? Wir verlängern in der Schweiz einfach die Ladenöffnungszeiten und schon akzeptiert man gerne 20 bis 50 Prozent (etwa bei einigen Kosmetika) Preisunterschied? Nicht sehr einleuchtend, dieses Konzept, auf den zweiten Blick gar eine Frechheit. Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde die Kartellgesetzrevision im Parlament nach langem Seilziehen versenkt. Auch das halbherzige Engagement des Wirtschaftsministers hat zum Schiffbruch beigetragen – schade für die von unseren Nationalrätinnen Prisca Birrer-Heimo und Susanne Leutenegger Oberholzer angestossene Revision, schade um die verpasste Chance für das Portemonnaie der Konsumentinnen und Konsumenten! Wie wäre es, wenn der Wirtschaftsminister nun den Moment nutzen und beispielsweise die Revision des Kartellgesetzes wiederaufnehmen würde, statt in den lauten Chor der Ultra-Liberalisierer einzustimmen, welche die Ausweitung der Arbeitszeit, Steuerensenkungen für Unternehmen oder Lohnkürzungen fordern? Eines ist für uns klar: Es darf nicht sein, dass die Arbeitnehmenden am Ende die Leidtragenden sind und die Rechnung für die Aufhebung des Mindestkurses in Form von Lohnkürzungen oder Mehrarbeit bezahlen müssen. Dafür werden wir uns mit aller Kraft einsetzen.

Eine Internetpolitik auf der Basis sozialdemokratischer Werte

WIE SIEHT EINE INTERNETPOLITIK BASIEREND AUF SOZIALDEMOKRATISCHEN GRUNDWERTEN AUS? – EINE ARBEITSGRUPPE HAT SICH DER BEANTWORTUNG DIESER FRAGE ANGENOMMEN. DIE SP WILL SICH ALS ERSTE PARTEI IN DER INTERNETPOLITIK POSITIONIEREN.

Ein Leben ohne Internet ist nicht mehr denkbar. Sowohl unser beruflicher als auch unser privater Alltag sind stark digitalisiert. Zwei Zahlen dazu: Weltweit werden pro Minute 186 Millionen Mails verschickt und rund 700 000 Anfragen gestartet. «Hashtag» ist Wort des Jahres 2014.

Das Internet ist eine Chance, unsere Grundwerte zu stärken, zu vermitteln und zu gestalten. Es kann einen wichtigen Beitrag leisten zur Erreichung einer offenen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft, die alle integriert, niemanden diskriminiert und Wahlfreiheit ermöglicht. Nicht zuletzt verändert das Internet auch die Arbeitswelt auf vielfältige Weise. Weiterbildung, Arbeitsbelastung, Erreichbarkeit, Kontrolle verändern sich schleichend, aber radikal. Hier braucht es politische Antworten.

Die Kernfrage, die uns bei der Erarbeitung einer sozialdemokratischen Internetpolitik leitet, ist: Wie sieht eine Internetpolitik basierend auf unseren sozialdemokratischen Grundwerten wie Solidarität, Chancengerechtigkeit, Mitbestimmung, Service public oder Schutz der Grundrechte konkret aus?

Das Projekt SP-Internetpolitik

Im Bewusstsein, dass die SP in diesem zentralen Politikfeld gestaltend aktiv werden muss, hat der Fraktionsvorstand auf Antrag der SP-Fachkommission Verkehr und Kommunikation in der Herbstsession 2014 beschlossen, einen Bericht zum Thema «Internetpolitik für die SP» in Auftrag zu geben. Damit beauftragt wurden die Internet-Experten Leo Keller (Managing Director von Blue Ocean Semantic Web Solution)

und Matthias Stürmer (Geschäftsführer parlamentarische Gruppe digitale Nachhaltigkeit parldigi). Im Dezember wurde der Bericht, in den bereits Inputs von verschiedenen Expertinnen und Experten eingeflossen waren, ein erstes Mal in der Fachkommission Verkehr und Kommunikation diskutiert und anschliessend der Fraktion präsentiert. Der Bericht umfasst zwanzig Themenfelder: Internet als Service public, Netzneutralität, Suchneutralität, Internet-Governance, Datennutzung und Datenschutz, Urheberrechte, Internet Security, Internet Crime, Umweltbelastung, Wirtschaft, Finanzindustrie, Bildung, Gesundheit, Medienpolitik, Kulturpolitik, Open Government, Open Source, Open Access, Sharing Economy, Internet der Dinge.

Zurzeit arbeiten wir an der Vertiefung der Themen. Wir nehmen eine Priorisierung vor und dort, wo unterschiedliche Haltungen bestehen, diskutieren wir diese und überlegen, wie wir damit umgehen wollen. Am 24. Januar fand ein Workshop zum Thema statt, zu dem Expertinnen und Experten von SP und Jusos sowie die Fraktion eingeladen wurden. Die Ergebnisse dieses Workshops bieten die Grundlage für die weitere parteiinterne Diskussion.

Chancen betonen, ohne Risiken zu verneinen

Wie jede Technologie birgt das Internet Chancen und Risiken. Wir betonen die Chancen, ohne die Risiken zu verneinen. In den Themenbeschreibungen des Berichts sind denn auch die Chancen und Risiken sowie die möglichen Forderungen detailliert ausformuliert.

Ziel ist, das Potenzial des Internets zu nutzen, ohne die Augen vor den Risiken zu verschliessen: Überwachung, Aufruf zu Hass und Gewalt in sozialen Medien, totalitäre Kontrolle jeder einzelnen Person und ganzer Gruppen durch Internet-Monopole, Zugriff und Weitergabe von Daten, immer grösserer Datentransfer, Energieverbrauch, Gesundheitsrisiken, Cybermobbing, Kinderpornografie – diese Risiken gilt es frühzeitig zu erkennen und, wo nötig, gilt es regulierend einzugreifen. Dabei gibt es natürlich gewisse Spannungsfelder wie das folgende: Einerseits baut der Staat im Namen der Strafverfolgung respektive der Sicherheit die Überwachung aus, andererseits soll er Grundrechte, Selbstbestimmung und persönliche Daten schützen.

Digitalisierung soll allen etwas bringen

Wir wollen das Internet in seiner gesamten volkswirtschaftlichen Bedeutung erfassen und wo nötig rechtzeitig politische Leitplanken setzen. Diese gesamtgesellschaftliche Sichtweise stellt die mit dem Internet verbundenen Chancen und Risiken in einen Zusammenhang mit der sozialen Frage, insbesondere auch mit der Bildung. Die Dynamik der Digitalisierung soll allen und nicht nur wenigen etwas bringen. Deshalb gestaltet die SP die digitale Zukunft mit ihren sozialdemokratischen Grundwerten mit. Dabei geht es mitunter um folgende Fragen: Welche Rolle spielt der Mensch? Was passiert mit unseren Daten und Spuren, die wir hinterlassen? Welche Regeln und Standards brauchen wir, um unsere Privatsphäre zu retten? Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir aufgefordert, das digitale Zeitalter mit unseren Grundwerten aktiv mitzugestalten.

Wir stehen am Anfang einer Diskussion, die in den kommenden Monaten intensiv geführt werden soll. Für Fragen, Anregungen und Inputs sind wir offen.

*Ihr erreicht uns per E-Mail:
chantal.gahlinger@spschweiz.ch
oder edith.graf-litscher@parl.ch.*



Edith Graf-Litscher
Nationalrätin TG, Projektleiterin SP Internetpolitik,
Co-Präsidentin Parlamentarische Gruppe digitale Nachhaltigkeit



Gemeindegrenzen überwinden

DIE GEMEINDEN RUND UM BERN SIND HEUTE GEOGRAFISCH ZUSAMMENGEWACHSEN. ES STELLEN SICH IN DIESEN GEMEINDEN OFTMALS DIE GLEICHEN PROBLEME, DIE ES ZU LÖSEN GILT. DIE SP STADT BERN HAT DARUM 2013 DIE REGIONALE ZUSAMMENARBEIT ZU EINEM IHRER POLITISCHEN SCHWERPUNKTE ERKLÄRT UND DAZU EINE ARBEITSGRUPPE EINGESETZT. IN DIESER SIND AUCH SP-SEKTIONEN DER AGGLOMERATION, VORERST AUS OSTERMUNDIGEN UND KÖNIZ, VERTRETEN.

Die Gemeindegrenze zwischen Bern und Köniz ist nur an der Farbe der Kehrichtsäcke zu erkennen.

Die Arbeitsgruppe (AG) «regionale Zusammenarbeit» hat den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten, wie die regionale Zusammenarbeit weiterentwickelt, intensiviert und zu Gunsten der Grossregion Bern gestaltet werden kann. Dabei sollen auch Vorschläge aus früheren Arbeitsgruppen aus dem gleichen Themenfeld geprüft, aufgegriffen und mit neuen Ideen verbunden werden. Die AG soll frisch von der Leber weg innovative Vorschläge diskutieren und eine Auslegeordnung zur Thematik unterbreiten. Arbeit und Nutzen der Regionalkonferenz Bern sollen in diesem Zusammenhang ebenfalls untersucht werden. Regiolinks hat mit Annemarie Berlinger-Staub, Fraktionspräsidentin der SP Köniz und Mitglied der AG gesprochen:

Weshalb machst du in der AG mit?

Die Grenzen der Gemeinden rund um Bern sind heute kaum mehr sichtbar. «Grossbern» ist ein Lebens- und Wirtschaftsraum geworden. Es macht Sinn, dass die SP-Sektionen Themen, die sich in allen urbanen Gemeinden stellen, koordiniert auf die politische Bühne bringen und an sozialdemokratischen Lösungen arbeiten. In der AG stehen nicht visionäre Überlegungen



«Die Arbeit in der Gruppe fordert mich, über «das eigene Gärtli» hinauszuschauen.»

Annemarie Berlinger-Staub

wie eine Fusion oder neue politische Regionsstrukturen im Vordergrund, sondern die Frage, wie gemeinsame Anliegen pragmatisch und zeitnah umgesetzt werden können.

Wo steht ihr jetzt Anfang 2015?

In sechs Sitzungen haben wir eine erste Auslegeordnung erstellt und mit dem Berner Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät und den zwei SP-Gemeinderätinnen von Ostermundigen und Köniz, Regula Unteregger und Katrin Sedlmayer, neuralgische Punkte einer regionalen Zusammenarbeit ausgeleuchtet. Erste Themenfelder zeichnen sich ab: Verkehr, Sportanlagen, Abfallbewirtschaftung, Wohnen, Einheitspolizei, Zusammenarbeit im Beschaffungswesen. Der Katalog ist noch nicht vollständig.

Wie soll es weitergehen?

Die skizzierten Themen müssen konkretisiert werden. Wir hoffen, demnächst koordinierte Vorstösse einreichen zu können. Es wird sicher sinnvoll sein, dazu Fraktionsmitglieder in den drei Gemeinden einzuspannen, die über das nötige Wissen verfügen. Wo sinnvoll, ist dann überparteiliche Zusammenarbeit zu suchen, um Mehrheiten zu erhalten.

Wie erlebst du die Arbeit in der AG?

Es macht Spass. Ich lerne viel. So staune ich z.B., wie eng verwoben Ostermundigen mit seinen Nachbargemeinden Bolligen und Ittigen ist. Umgekehrt muss ich den andern erklären, dass Mittelhäusern und ein Teil der Ortschaft Thörishaus politisch zu Köniz gehören. Ich merke auch, wie unterschiedlich die Bedingungen zum Politisieren sind: In Bern steht eine grosse SP-Fraktion, in der Spezialisierungen möglich sind, einer grossen Verwaltung gegenüber, während die Fraktionen in Ostermundigen und Köniz die ganze Parlamentsarbeit auf je 10 Köpfe verteilen müssen. Dafür ist dort die Verwaltung vielleicht übersichtlicher. Die Arbeit in der Gruppe bringt mir neue Perspektiven und fordert mich, über «das eigene Gärtli» hinauszuschauen.

Christoph Salzmann, Co-Präsident SP Köniz

DIE MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE

Peter Marbet, Stadtrat, Vizefraktionspräsident Bern, Leitung; Stefan Jordi, Stadtrat, Co-Präsident SP Bern; Andreas Zysset, alt Stadtratspräsident Bern; Christian Zahler, alt Gemeindepräsident Ostermundigen; Ruedi Mahler, Präsident Grosser Gemeinderat Ostermundigen; Annemarie Berlinger-Staub, Fraktionspräsidentin Köniz; Ruedi Lüthi, Parlamentarier Köniz

MIT DER VERÖFFENTLICHUNG DES FERNMELDEBERICHTES DES BUNDESRATS IM OKTOBER 2014 IST DIE DISKUSSION ZUR NETZNEUTRALITÄT NEU LANCIERT WORDEN. LEIDER FAND DAS THEMA IN DER ÖFFENTLICHKEIT BIS HEUTE WENIG RESONANZ, OBGLEICH DIE AUSWIRKUNGEN AUS DEMOKRATISCHER SICHT VON GROSSER TRAGWEITE SIND.

Die Netze sind frei ...



Giorgio Pardini,
Kantonrat SP Luzern

Worum geht es? Das Internet ist ein Verbund von Netzwerken für den weltweiten Datenaustausch. Die stetig und rasant wachsende Menge des Datenvolumens stellt die Netzbetreiber vor grosse Herausforderungen. Wenn zu viele NutzerInnen gleichzeitig grosse Datenmengen herunterladen, können die Übertragungsleitungen überlastet werden, womit sich der Datenfluss verlangsamt. Netzbetreiber haben zwei Möglichkeiten, solche Datenstaus zu verhindern. Die eine Möglichkeit ist der permanente und teure Ausbau von Leitungen sowie die Einführung neuer Technologien wie der Glasfasertechnologie, um die Übertragungskapazität zu erhöhen und damit die Netzneutralität zu wahren. Die zweite Möglichkeit besteht darin, einzelne Datenpakete gegenüber anderen zu bevorzugen – entweder durch willkürliche Blockaden seitens der Netzbetreiber oder durch das Erheben von Gebühren. Beides führt dazu, dass die Netzneutralität nicht mehr gewährleistet ist.

Freiheit und Investitionssicherheit

Die grossen Internetdienstleister möchten die Souveränität über ihre eigenen Netze behalten.

Sie wehren sich deshalb bis heute mit Erfolg gegen eine gesetzliche Verankerung einer Netzneutralität, die ihre Souveränität einschränken würde. Aus gewerkschaftspolitischer Sicht bestehen dabei zwei grundsätzliche Problemfelder. Einerseits muss gewährleistet sein, dass weiterhin weltweit ein uneingeschränkter Zugang zum Internet gewährleistet ist. Jeder Netzbetreiber muss sein Möglichstes dazu beitragen, die Daten so effizient wie möglich fliessen zu lassen. Zudem muss es weiterhin allen möglich sein, das Internet weiterzuentwickeln und eigene Dienste und Inhalte anzubieten, ohne jemanden um Erlaubnis bitten zu müssen. Diese Grundprinzipien gilt es zu festigen. Gleichzeitig gilt es aber auch die Investitionstätigkeiten der Anbieter zu sichern; Regelungen zur Netzneutralität dürfen nicht dazu führen, dass niemand mehr bereit ist, in die Netze zu investieren.

In den USA sind bis jetzt alle Bestrebungen gescheitert, die Netzneutralität gesetzlich zu verankern. In der EU sind seit 2009 Vorschriften erlassen worden. In der Schweiz bietet sich bei der geplanten Teilrevision des Fernmeldegesetzes die Möglichkeit, die Netzneutralität gesetzlich zu verankern. Der Bundesrat sieht allerdings zurzeit keinen Handlungsbedarf. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut auf unserem Planeten, das keinesfalls der demokratischen Kontrolle entzogen werden darf, indem wir die Interpretation der Meinungsfreiheit dem Markt überlassen. Die Netzneutralität ist ein zentrales Element, um unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte zu sichern und zu stärken.

Yannick Gauch stellt sich vor



Geschätzte Genossinnen und Genossen,

Mein Name ist Yannick Gauch, ich bin 20-jährig und wohne in Luzern. Seit ich 2010 der JUSO und der SP beigetreten bin, bin ich ein begeisterter und überzeugter Sozialdemokrat. Von 2011 bis 2014 durfte ich die JUSO Luzern präsidieren und gewann so einen wertvollen Einblick in die politische Arbeit unserer Partei. Das Engagement in verschiedenen Arbeitsgruppen und parteiinternen Organen hat mir immer wieder Freude bereitet und mir das Gefühl gegeben, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit unseren Ideen und unseren Projekten den Kanton Luzern und die Schweiz weiter voranbringen und glaube an unsere Prinzipien: Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität. Neben meiner politischen Arbeit habe ich eine Lehre als Grafiker und Webdesigner gemacht und diese im vergangenen Jahr abgeschlossen. Ich freue mich auf die Herausforderungen, die auf Sebastian Dissler und mich auf dem Parteisekretariat zukommen. Dieses Jahr wird besonders spannend aufgrund der kommenden Wahlen. Ich bin überzeugt, dass wir mit dem nötigen Einsatz die Regierungs- und die Parlamentswahlen für uns entscheiden werden. Ich danke euch diesbezüglich bereits jetzt für eure Mitarbeit und euren Einsatz!

Mit solidarischen Grüßen
Yannick Gauch, Parteisekretär
SP Kanton Luzern

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Luzern,
Theaterstrasse 7, 6003 Luzern,
Telefon 041 311 05 85,
info@sp-luzern.ch
Adressänderungen:
abo@spschweiz.ch
Redaktion: Yannick Gauch
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
16. Februar 2015



AM 8. MÄRZ 2015 KÖNNEN DIE STIMMBERECHTIGTEN ÜBER DIE KÜRZUNG DER PRÄMIENVERBILLIGUNG ABSTIMMEN. DIE BÜRGERLICHE MEHRHEIT DES KANTONS RATS WILL 7 MILLIONEN FRANKEN AUF DEM BUCKEL DES UNTEREN MITTELSTANDES SPAREN. DARUM HAT DIE SP MIT DEN GRÜNEN UND DEM GEWERKSCHAFTSBUND ERFOLGREICH DAS REFERENDUM ERGRIFFEN.

NEIN zur Kürzung der Prämienverbilligung

Die Prämienverbilligung wurde eingeführt, damit die ungerechte Kopfprämie (jeder bezahlt die gleiche Prämie, unabhängig von seinem Einkommen) und damit verbunden die hohe Belastung durch die Krankenkassenprämie etwas abgeschwächt werden kann. Sie hat sich als zielgerichtetes, wirksames und nachhaltiges Instrument bei der Entlastung von Menschen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen bewährt. Die Jahr für Jahr steigenden Krankenkassenprämien belasten das Haushaltsbudget stark. Das vom Bundesrat angestrebte Ziel, dass die Prämien nicht mehr als 8 % des Budgets ausmachen dürfen, wird im Kanton Solothurn schon seit mehreren Jahren verfehlt. Die gesamten Gesundheitskosten machen einen noch grösseren Anteil aus. Daher verwundert es nicht, dass die steigenden Krankenkassenprämien den Menschen grosse Sorgen bereiten. Seit Jahren setzt sich die SP im Kantonsrat (leider erfolglos) dafür ein, dass der Kantonsbeitrag erhöht werden soll, letztmals tat sie es 2011 sogar mit einer Volksinitiative (Zustimmung 42 %).

Den Reichen geben und den anderen nehmen – nicht mit uns!

Der bürgerlich dominierte Kantonsrat hat in den letzten Jahren mehrmals mit Steuerentlastungen für die Reichen absichtlich die Einnahmen reduziert. Dies trotz den zusätzlich vom Bund auf den Kanton abgewälzten Aufgaben, welche der Kanton neu selbst finanzieren muss. Dies führte dazu, dass wir jetzt da sind, wovon die SP seit Jahren gewarnt hat – der Kanton hat «zu wenig» Geld! Nun soll gespart werden, indem man verschiedenste Aufgaben und Angebote abbaut oder kürzt. Dies vor allem zu Lasten der Familien, Kinder, älteren Mitmenschen und der Umwelt. Der grösste Betrag soll bei der Prämienverbilligung eingespart werden. Neu soll der Kantonsbeit-

rag nur noch 70 % und nicht mehr 80 % des Bundesbeitrags betragen. Dies hätte zur Folge, dass rund 6000 Haushalte beziehungsweise 14 % der bisherigen Bezüger diese wichtige Entlastung vorenthalten bleibt. Bisher konnte es sein, dass bis zu einem Einkommen von 80000 Franken ein Beitrag ausbezahlt wurde, neu wird die Bezugsgrenze bei 50000 Franken sein. Bei den ganz tiefen Einkommen und bei Menschen mit Sozialhilfe oder Ergänzungsleistung wird die gestiegene Krankenkassenprämie weiterhin bezahlt. Dies ist auch richtig so. Aber dies bedeutet, dass insgesamt noch weniger Geld für den unteren Mittelstand zur Verfügung steht. Dort wird es viele Familien treffen, die dann weniger Geld zur Verfügung haben (siehe Beispiele Tabelle).

Dieses Geld wird im knappen Haushaltsbudget fehlen. Unvorhergesehene Ausgaben (z.B. Selbstbehalt bei Krankheitskosten, Zahnarztrechnungen) können gar nicht mehr getragen werden und können zu Verschuldungen führen.

Familien des unteren Mittelstandes

Die Kürzung der Prämienverbilligung trifft also genau jene, die bereits heute verhältnismässig die grösste Steuerlast tragen. Auf ihrem Buckel soll nun der Staatshaushalt saniert werden, der durch die bürgerliche Politik in Schiefelage geraten ist. Familien und Haushalte des unteren Mittelstandes sollen jetzt dafür büssen, dass die Regierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Nicht mit uns! Beim Unterschrif-

tensammeln für das Referendum hat sich gezeigt, dass dies sehr viele Solothurnerinnen und Solothurner nicht wollen. Die 1700 Unterschriften konnten sehr schnell gesammelt werden.

80 % ist das Mindeste

Darum such das Gespräch mit den Menschen und zeig auf, was diese Kürzung für Familien des unteren Mittelstands bedeuten kann. Die Bürgerlichen versuchen die Leute zu verunsichern, indem sie behaupten, dass genau diese Familien die Ergänzungsleistungen für Familien beantragen können. Dies stimmt aber nur, solange die Kinder noch nicht 6 Jahre alt sind. Gerne hätte die SP die Altersgrenze für die Bezugsberechtigung auf 12 oder 16 Jahre erhöht. Aber dies war chancenlos. Darum braucht es bei der Prämienverbilligung auch weiterhin mindestens den Kantonsbeitrag von 80 %.

Die Fraktion, Geschäftsleitung und die Delegierten der Kantonalpartei sagen *Nein zur Senkung der Prämienverbilligung*. Nein zu dieser unsozialen Massnahme auf Kosten der Familien mit Kindern.

Die Kürzung trifft jene, die bereits heute die schwerste Steuerlast tragen.

Fränzi Burkhalter-Rohner,
Fraktionspräsidentin,
Biberist
fraenzi.burkhalter@
bluewin.ch

Einkommen Fr. 55 000.–

- Familie mit 2 Kindern
- Familie mit 1 Kind
- Familie mit 2 Kindern und 2 Jugendlichen
- Familie mit 1 Kind und 1 Jugendlichen

Auswirkungen der Kürzung der Prämienverbilligung:

- 1127 Franken
- 468 Franken
- 6887 Franken
- 3071 Franken



Wohnpolitik in Stadt und Agglo

GEMEINNÜTZIGER WOHNUNGSBAU – EIN GEWINN FÜR ALLE

Wohngenossenschaft Rixheimerstrasse, Basel

Die Mieten haben in der Schweizer Volkswirtschaft eine Schlüsselrolle. 20 bis 30 Prozent eines Haushaltseinkommens werden heute von den Wohnkosten verschlungen: einsame Spitze in Europa! Im Haushaltsbudget sind die Wohnkosten der grösste Posten. Keine Position im Familienbudget ist in den vergangenen Jahren so stark angestiegen. Dies trägt massgeblich dazu bei, dass gerade Familien zunehmend Mühe haben, ihre materielle Existenz zu sichern.

Untere und mittlere Einkommen betroffen

In den Zentren und an guten Wohnlagen besteht ein beträchtlicher Nachfrageüberhang. Dort fehlen – neben Alterswohnungen – vor allem günstige Wohnungen für Familien und Haushalte mit mittleren und unteren Einkommen. Diese Entwicklung bereitet Sorgen, denn die Mittelstandsfamilien sind das Zukunftspotenzial und das Rückgrat unserer Gesellschaft.

Wohnen als Grundrecht

Auch in der Nordwestschweiz herrscht Wohnungsnot. Der Leerwohnungsbestand beträgt in Basel-Stadt 0,2 und in Baselland 0,3 Prozent. Es besteht Handlungsbedarf!



Daniel Münger,
Regierungsratskandidat
SP BL



René Brigger, Grossrat SP BS

Der Boden- und Wohnungsmarkt darf nicht dem Markt überlassen werden. Boden ist ein endliches Gut und muss der Spekulation entzogen werden. Das Recht auf Wohnen ist für uns ein Grundrecht. Wohnen muss in beiden Basel auch für untere und mittlere Einkommen möglich bleiben. Die SP Basel-Stadt und Baselland haben daher je eine Initiative «Wohnen für alle» lanciert.

Gemeinnützigen Wohnungsbau fördern!

Um den Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt entgegenzutreten, ist der gemeinnützige Wohnungsbau zu fördern. Gerade Wohngenossenschaften ermöglichen dank solidarischem Genossenschaftsmodell, aktiver Mitarbeit der Mitglieder und Gewinnverzicht den Bau und Unterhalt von vergleichsweise günstigen Mietwohnungen mit angemessenem Ausbauniveau. Genossenschaftlicher Wohnungsbau entzieht den Boden der Spekulation. Die Aufgabe der Politik ist es also, die Rahmenbedingungen für gemeinnützige Bauträger zu verbessern.

Volkswirtschaftliche Vorteile

Die gezielte Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus bringt

neben sozial- und gesellschaftspolitischen auch volkswirtschaftliche Vorteile: Wohnbaugenossenschaften tragen als wichtige Auftraggeberinnen beim Bau und Unterhalt ihrer Immobilien erheblich zu wirtschaftlicher Wertschöpfung bei. Ihre Auftragsvergabe erfolgt in der Regel vor Ort und kommt somit speziell dem lokalen bzw. regionalen Gewerbe und schliesslich wieder dem Staatswesen – also uns allen – zugute.

Aktuelle politische Entwicklungen

Erfreulicherweise wurde der gemeinnützige Wohnungsbau in Basel-Stadt und Baselland in den letzten Jahren aktiver. Es bestehen diverse interessante Projekte. So hat zum Beispiel die Gemeinde Reinach drei Areale ermöglicht. Es bleibt zu hoffen, dass auch Baselland nun mit der Initiative der SP BL «Wohnen für alle!» einen Sprung nach vorne macht. Die Stadt hat 2013 mit dem Wohnraumfördergesetz etwas früher auf gesetzlicher Ebene reagiert. Und am 8. März 2015 gilt es für die Städter: Ja zur Initiative Wohnen für alle! (vgl. auch Abstimmungstext S. 11)

150 Jahre SP Töss – 100 Jahre SP-Frauen in Töss

AM 18. FEBRUAR 1865 WURDE IM RESTAURANT HIRSCHEN IN TÖSS DER «ARBEITERVEREIN TÖSS» GEGRÜNDET. ER WAR EINER DER ERSTEN LOKALEN ARBEITERVEREINE DER SCHWEIZ ÜBERHAUPT. DIE SP TÖSS FEIERT DAS JUBILÄUM MIT ZAHLREICHEN VERANSTALTUNGEN.

Der Arbeiterverein Töss bildet nicht nur eine der Wurzeln der heutigen Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, aus ihm entstand auch eine der ersten Konsumgenossenschaften, aus denen später die heutige Coop hervorging. Vor 100 Jahren waren die SP-Frauen aus Töss Pionierinnen der Gleichstellung. Sie organisierten sich 1915 in einem Verein und lancierten eine erste Initiative für ein Frauenstimmrecht in der Schweiz – die dann allerdings durch die SP-Männer im Kantonsrat nicht unterstützt wurde.

Die ersten politischen Initiativen der Tösser waren ihr Einsatz für die Demokratiebewegung im Kanton Zürich gegen Kinderarbeit und für bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeiter. Der Gründervater der SP Schweiz, Hermann Greulich, kandidierte nicht zuletzt auch in Töss, damals noch eine eigene Gemeinde, für den Kantonsrat – und lieferte sich in Töss manche politische Schlacht mit dem demokratischen Wortführer Salomon Bleuler. Auf Druck nicht zuletzt der Arbeiterfrauen schuf die Gemeinde Töss, deren Gemeinderat bald durch die SP dominiert wurde, die Stelle einer Gemeindefrauenkommission und Hebamme, eine Witwenrente und eine Unterstützungskasse für Arbeitslose. Die meisten

dieser sozialen Errungenschaften wurden bei der Eingemeindung in die Stadt Winterthur 1922 wieder rückgängig gemacht. Die reichen Fabrikherren wohnten in der Stadt und bezahlten in Töss keine Steuern. Die Gemeinde hatte kein Geld mehr. Aus Töss stammen auch wichtige ExponentInnen der SP, wie etwa Emil Klöti, der spätere Stadtpräsident des «roten Zürich», oder Nationalrat Johannes Huber, der für St. Gallen im Nationalrat sass.

Trotzdem prägte die SP den Stadtteil auch weiterhin. So etwa 1934, als die Nazis in Töss einen Aufmarsch planten – und die Tösser Arbeiter diesen verhinderten. Oder durch das Schwimmbad, das von der SP erkämpft wurde. Seit mehr als 55 Jahren ist es auch die SP, die in Töss die Quartierzeitung herausgibt. Im neuen Jahrtausend waren es Frauen und Männer aus der SP, die sich wesentlich für ein Quartieraufwertungsprojekt und ein Gemeinschaftszentrum im stillgelegten Bahnhof einsetzten.

Die SP Töss schaut mit einer Veranstaltungsreihe zurück – und nach vorne. Was ist aus den Anliegen des unbekannteren Arbeiters geworden, der mit einem Flugblatt damals zur Gründung eines Arbeitervereins aufrief? Was ist aus den Idealen von

Anna Jenni geworden, die als junge Hutmacherin gegen unhaltbare Arbeitsbedingungen kämpfte?

Anfang Februar erscheint eine Sonderausgabe der Quartierzeitung «De Tösser» zum Jubiläum. Interessierte können sie als pdf oder Printausgabe bestellen per E-Mail an 150jahre@toess.ch

Matthias Erzinger ist ehemaliger Redaktor der Quartierzeitung «De Tösser» und Mitglied der SP Töss



Das Lokal des Arbeitervereins in Töss

HEUTE FÜR MORGEN DAS GESTERN FEIERN

Do, 19. Februar, ab 19 Uhr, ref. Kirchengemeindehaus Töss, Stationsstr. 2a, Winterthur
Programm ab 19.30 Uhr

Eine Reise durch 150 Jahre Tösser- und SP-Geschichte in Text und Bild

Christian Levrat, Präsident SP Schweiz: Gedanken zur Aufgabe der SP 1865 und 2015
Jacqueline Fehr, Vizepräsidentin der SP Schweiz: «Das Erbe der Frauen aus Töss heute» – Politik von, mit und für die Frauen 1915 und heute.
Ausstellung, u. a. Protokollbücher von Arbeiterverein, SP Töss und Frauengruppe
Ca. 20.30 Uhr Apéro, anschliessend Pasta-Buffer. Es besteht die Möglichkeit, in den Protokollbüchern von Arbeiterverein und Frauengruppe zu schmökern.

Veranstaltungen

«SICHTWECHSEL» IM GÜTERSCHUPPEN BAHNHOF TÖSS

Vier thematische Veranstaltungen schlagen einen Bogen von Episoden aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zu heute drängenden politischen Fragen. Alle Veranstaltungen werden durch einen kurzen Blick auf die Geschichte von Töss in Bild und Text eingeleitet.

Politik und «Geschlechterkampf»

So, 8. März, 11 Uhr, Güterschuppen Bahnhof Töss
Matinee: Politik von, mit und für die Frauen 1915 und heute.
Mit Heidi Witzig (Historikerin) und Maria Sorgo (SP-Gemeinderätin). Die SP Töss offeriert Kaffee und Gipfel.
Führung: 13 bis ca. 14 Uhr: Auf den Spuren der Arbeiterinnen

durch Töss. Besammlung beim Güterschuppen Bahnhof Töss. Matinee und Führung können auch einzeln besucht werden.

Die politische Grosswetterlage 1865 und 2015

Mi, 11. März, 20 Uhr, Güterschuppen Bahnhof Töss
Der Arbeiterverein Töss schuf eine eigene Rentenkasse, kämpfte gegen Kinderarbeit und ein Stimm- und Wahlrecht für alle: Politik für alle statt für wenige damals – und heute? Mit Adrian Knöpfli (Historiker) und Mattea Meyer (Kantonsrätin SP).

Wohnen und Stadtplanung

Mi, 18. 3. 2015, 20 Uhr, Güterschuppen Bahnhof Töss
Ausgehend von der Geschichte der Genossenschaftsbewegung stellt die Veranstaltung

Wohnungsbaupolitik und Stadtplanung heute aus linker Sicht zur Diskussion. Mit Verena Rothenbühler (Historikerin) und Katharina Gander (AL-Gemeinderätin, Mieterverband).

Totalitarismus im Alltag

Mi, 25. März, 20 Uhr, Güterschuppen Bahnhof Töss
Ausgehend vom «Fröntlerkrawall» in Töss 1935 geht die Veranstaltung der Frage nach «Wo beginnt braun?», respektive wo beginnt der Widerstand gegen Totalitarismus. Wie ist die Situation heute? Mit Balthasar Glättli (Nationalrat GP) und Ruedi Widmer (Karikaturist und Grafiker).

«SICHTWECHSEL» – FÜHRUNGEN

Rund einstündige Spaziergänge auf den Spuren der Arbeiterbewegung und der SP Frauen durch Töss. Mit Henry Müller, langjähriger Redaktor der Quartierzeitung «De Tösser» und Präsident der SP Töss, und Matthias Erzinger, ehemaliger Redaktor «De Tösser».

So, 8. März, 13 Uhr
Je Mi 11. /18. und 25. März, je 18.15 Uhr, Besammlung beim Güterschuppen Bahnhof Töss.
Anschliessend jeweils einfacher Imbiss im Güterschuppen vor den anschliessenden Veranstaltungen.
Sa, 21. März, 14.30 Uhr. Etwas ausgedehntere Führung (ca. 2 Stunden) mit anschliessendem Apéro.

Prostitution

Zwischen Legalisierung

DIE KONFERENZ DER SP FRAUEN VOM LETZTEN SEPTEMBER BEFASSTE SICH MIT DEM THEMA «FREIERVERBOT». INSBESONDERE WURDE DAS SCHWEDISCHE MODELL DISKUTIERT, DAS DEN KAUF, ABER NICHT DEN VERKAUF VON SEXUELLEN DIENSTLEISTUNGEN UNTER STRAFE STELLT. DIE MEINUNGEN DARÜBER INNERHALB DER SP FRAUEN GEHEN AUSEINANDER. «LINKS» HAT EINE BEFÜRWORDERIN UND EINE GEGNERIN DES FREIERVERBOTS GEBETEN, IHRE JEWELIGEN POSITIONEN ZU ERLÄUTERN.

Die Diskussion um Prostitution und Freierverbot ist eine wichtige gesellschaftliche Debatte. Sie wirft die grundsätzliche Frage auf, ob in unserer Gesellschaft ein menschlicher Körper für die eigene sexuelle Befriedigung gekauft werden darf. Ich beantworte die Frage klar mit Nein. Es geht dabei nicht um Moral. Es ist eine ethische Frage und es geht um Menschenwürde. Menschen sind keine Ware und sexuelle Dienstleistungen kein Teil eines Tauschgeschäfts.

Keine Arbeit wie jede andere

Mir ist bewusst, dass die Abschaffung der Prostitution als «ältestes Gewerbe» eine Vision ist. Ich bin aber überzeugt, dass wir uns als Gesellschaft weiterentwickeln können und sollen. So sind wir uns heute alle einig, dass Sklavenhandel – wie wir ihn aus den US-amerikanischen Südstaaten kannten – ein Verbrechen ist. Dieser gesellschaftliche Wandel musste jedoch erkämpft werden. Menschen werden zwar auch heutzutage noch in sklavenähnliche Verhältnisse gezwungen, aber es ist eine verwerfliche, kriminelle Tat und sie wird geahndet. Sexarbeit ist keine Arbeit wie jede



Brigitte Hollinger, Sozialarbeiterin und Präsidentin der SP BS

PRO FREIERVERBOT

andere. Die Partner im Tauschgeschäft «Sex gegen Geld» sind nie gleichberechtigt. Auch wenn die wenigsten Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter Opfer von Menschenhandel sind, so sind sie wohl in den meisten Fällen Armutsbetroffene. Ökonomische Gründe zwingen sie, ihren Körper für ein Einkommen, mit welchem sie ihre Familien unterstützen können, zu verkaufen. Ihnen in diesem Zusammenhang Freiwilligkeit zu attestieren, ist problematisch. Selbst wenn die Arbeit als selbstbestimmter Akt gesehen wird, so bezahlen sie einen hohen Preis: Die Arbeit ist distanzlos und von Gewalt und Ausbeutung geprägt. Da sind Bemühungen um faire Arbeitsbedingungen und Entstigmatisierung blosse Nebenschauplätze.

Der Kampf gegen prekäre Arbeitsbedingungen und für Mindestlöhne ist unser politischer Auftrag. Aber bei Sexarbeit geht es neben der Ausbeutung von Zeit, Körper und Gesundheit auch um den Verlust der eigenen Sexualität. Das trifft eine zusätzliche Dimension des menschlichen Wesens. Daher ist Sexarbeit keine Arbeit wie jede andere, auch nicht wie eine andere prekäre Arbeit.

In der Realität erprobtes Konzept

Mit dem schwedischen Modell haben wir ein in der Realität erprobtes Konzept. Um Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter nicht zusätzlich zu drangsalieren, wird bloss der Freier als Käufer bestraft. Dies ist die richtige Konsequenz, denn der Freier ist derjenige, welcher von der wirtschaftlichen Notlage der anbietenden Person profitiert. Mit Geld eine sexuelle Dienstleistung zu kaufen, wird dadurch verpönt und sanktioniert. Die Gefahr, dass die Prostitution in den Untergrund abdriftet, ist nicht ausgeprägter, als sie es heute schon ist. Privatwohnungen, Internet und Aufgebote über Mobiltelefone sind heutzutage schon schwer kontrollierbar.

Parallel zum Freierverbot muss zwingend die Aussteigerhilfe für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter intensiviert werden. Den Betroffenen soll nicht die wirtschaftliche Grundlage entzogen werden, ohne dass sie Aussicht auf ein anderes Einkommen haben.

Es ist Zeit, unsere Haltung in Bezug auf das Tauschgeschäft «Sex gegen Geld» zu überdenken. In einer aufgeklärten Gesellschaft soll kein Mensch als Ware zu kaufen sein. ■

UNTERSCHIEDLICHE PRAXIS

Seit 1999 gilt in Schweden das sogenannte Freierverbot. Im Gegensatz zu vielen osteuropäischen Ländern, in denen Prostitution insgesamt verboten ist, stellt es einzig den Kauf einer sexuellen Dienstleistung unter Strafe. Bestraft werden damit nur die Freier, während die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter nicht belangt werden. Mittlerweile existieren in mehreren nordeuropäischen Ländern ähnliche Gesetze. Eine andere Praxis hat Deutschland, wo Sexarbeit wie jedes andere Gewerbe behandelt wird und die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter folglich sämtliche Pflichten, aber auch Rechte der Arbeitnehmenden haben. In der Schweiz sind Sexarbeiterinnen zwar steuerpflichtig, haben aber kaum Rechte. Im Parlament sind diverse Vorstösse hängig, die eine rechtliche Besserstellung fordern.



und Verbot

Die am Podium anwesenden Sexarbeiterinnen und Beratungsstellen-Fachfrauen sagten, ein Freierverbot helfe weder im Kampf gegen den Menschenhandel noch verschwinde das Sexgewerbe. Im Gegenteil. Die Prostitution würde in den Untergrund abgedrängt, die Sexarbeiterinnen wären vermehrt Zwang und Gewalt ausgeliefert. Missstände kämen kaum mehr ans Licht, weil die Frauen den Behörden nicht mehr trauen könnten, die Arbeit der Beratungsstellen würde erschwert.

Menschenhandel findet nicht nur in der Prostitution statt. In grössem Ausmass davon betroffen sind Landwirtschaft, Bau, Haushalt und Privatpflege. Menschenhandel und Sexarbeit dürfen gesetzlich nicht vermischt werden. Gegen Menschenhandel und damit verbundene Straftaten gibt es genügend Gesetze. Sie durchzusetzen ist Sache der Polizei- und Justizbehörden sowie der Bundesanwaltschaft.

Sexualität hingegen ist ein sehr privates Grundbedürfnis. Ein Verbot, welches das Ausleben – welcher Art von sexuellen Kontakten auch immer – unterdrückt, hat keinen präventiven Charakter. So war schwule Prostitution bis in die 90er-Jahre verboten. Nachgefragt wurde sie trotzdem, hauptsächlich von bisexuellen Männern. Gewalt, Zwang und Drogen waren an der Tagesordnung. Nach Aufhebung des Verbotes änderte sich das schlagartig.

Verdrängung und Überwachung

Weder die Nachfrage noch das Angebot würden mit einem Freierverbot verschwinden – höchstens aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Auch würde sich die Frage der Umsetzung stellen. So einfach, wie man sich das landläufig vorstellt, dürfte das nicht sein: Was droht Männern, wenn sie beim Freien erwischt werden? Eine Busse. Und selbst das würde eine gezielte Fahndung erfordern. Die Polizei darf aber nicht wie etwa in den USA verdeckt ermitteln, denn verdeckte Ermittlungen sind in der Schweiz verboten.

Eine konsequente Umsetzung des Verbotes würde aber bedeuten, dass die Polizei in Privatwohnungen eindringen dürfte, sofern der Verdacht besteht, dass dort angeschafft wird. Dazu müssten Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte aufgeweicht werden. Dass Sexarbeiterinnen von sich aus Freier anzeigen, ist schlicht illusorisch, selbst wenn ein Freier gewalttätig wurde. Sie gerieten in den Fokus der Polizei, was ihre Arbeit erschweren oder verunmöglichen würde.

Einfach aussteigen und sich outen wird für die meisten Sexarbeiterinnen keine Option sein. Durch das Freierverbot wird ihre Arbeit ja erst recht stigmatisiert.

Die meisten arbeiten freiwillig

Der grösste Teil der Sexarbeiterinnen arbeitet freiwillig – solange



Yvonne Feri, Nationalrätin AG und Präsidentin der SP Frauen

CONTRA FREIERVERBOT

keine verlässlichen Zahlen das widerlegen, bleibe ich bei meiner Beurteilung. Zwangsprostitution oder Zuhälterei sind bereits verboten. Anschaffungsprostitution muss verhindert werden, indem die Drogenabhängigkeit möglichst verhindert wird oder andere Programme die Drogenbeschaffung verhindern.

Die Sexarbeiterinnen wollen nicht zwangsweise geschützt werden. Sie wollen nicht, dass ihre Autonomie und ihre Gewerbefreiheit eingeschränkt werden. Sie wollen auch nicht einfach mit dem Phänomen Prostitution gleichgesetzt und als Opfer wahrgenommen werden, sondern als mündige Menschen. Sexarbeit ist bereits mit unzähligen Vorschriften reguliert, die die Ausübung einschränken. Die Kriminalisierung der Kundschaft würde noch mehr Prostituierte in die Schwarzarbeit treiben. Mit Verboten lassen sich keine Verhaltensänderungen oder Werterhaltungen erzwingen.

Will man das Machtgefälle zwischen Mann und Frau verändern, muss man das über systematische Aufklärung in der Öffentlichkeit und gesellschaftliche Prozesse machen, nicht über neue repressive Gesetze. Die Gleichstellung der Geschlechter würde die Nachfrage nach Sexarbeit automatisch reduzieren – die Würde der Sexarbeiterinnen muss geschützt werden und dies erreichen wir, indem wir die Stigmatisierung verhindern. ■



GESEHEN

Zustande gekommen: Am 13. Januar hat der Verein angehört, das Referendum gegen den zweiten Stra wurden 125 573 Unterschriften gesammelt. Darüber



«Nein zur 2. Gotthardröhre», dem auch die SP
essentunnel eingereicht. Innert drei Monaten
r abgestimmt wird wohl erst Anfang 2016.





David Stampfli (32), Bern
Mitglied der SP Länggasse-Felsenau

Aufgezeichnet von Michael Lehmann

«Mein Interesse für Politik begann schon früh. Meine Eltern sind wie mein Grossvater, der in den 70er-Jahren sogar FDP-Gemeinderat der Stadt Bern war, eher bürgerlich eingestellt. So wurden politische Themen bei uns zuhause immer rege diskutiert. Bereits als Teenager verfolgte ich regelmässig die Abstimmungen und ging an Demos. Nach und nach entwickelte sich bei mir der Wunsch, mich auch aktiv an der Politik zu beteiligen. Nach genauem Abwägen entschied ich mich für einen Beitritt bei der SP. Da mir Umweltanliegen sehr wichtig sind, wären auch die Grünen eine Option gewesen. Aber die SP ist viel breiter ausgerichtet und vertritt meine Überzeugungen und Werte am besten.

Da ich im Berner Länggasse-Quartier aufgewachsen bin, trat ich der dortigen SP-Sektion bei und wurde sehr herzlich aufgenommen. Von Anfang an war es mir sehr wichtig, aktiv die kommunale Politik mitzugestalten. Schon bald wählte mich die Sektion in den Vorstand und später zum Präsidenten. Je mehr Ämter ich übernahm, desto mehr Spass machte mir die Parteiarbeit. Man erlebt hautnah, wie Entscheidungen beeinflusst und schliesslich gefällt werden. In der SP Länggasse-Felsenau standen vor allem Themen aus dem Bereich Umwelt und Verkehr im Mittelpunkt. Wir machten uns stark für verkehrsberuhigende Massnahmen und einen sinnvollen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. So war ich zum Beispiel federführend bei der Petition «Ringbus». Dieser sollte publikumsintensive Anlagen wie das Lindenhof-Spital, Sportstätten und vor allem das ausgebaute Von-Roll-Areal der Universität Bern besser erschliessen. Zwar konnten wir über

3000 Unterschriften sammeln, letztlich entschieden sich die Behörden aber für eine weniger attraktive Lösung mit Postautos.

2012 rutschte ich in das Parlament der Stadt Bern nach und wurde bei den darauffolgenden Wahlen im Amt bestätigt. Seither engagiere ich mich vor allem in der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün, die ich letztes Jahr präsidieren konnte. Die Frage, wie man den Verkehr so umweltfreundlich wie möglich gestalten kann, beschäftigt mich weiterhin. Als Präsident von Pro Velo Bern konzentriere ich mich vor allem auf die Anliegen der Zweiräder. Dabei fordere ich insbesondere mehr Abstellplätze, sichere Radstreifen und gute Velobahnen.

Des Weiteren kämpfe ich als Präsident des Vereins Pro Bremgartenwald gegen das Projekt «Waldstadt», bei dem Wald für neue Wohnungen gerodet würde. Bevor die Stadt Bern Wald für Wohnungen rodet, soll sie zuerst die vorhandenen Bauflächen nutzen.

Seit dem vergangenen Frühling arbeite ich als Geschäftsführender Parteisekretär der SP Kanton Bern. Somit ist die SP auch zu meiner Arbeitgeberin geworden und ich engagiere mich auf zwei Arten für sie. Auf städtischer Ebene setze ich mich aktiv für Verkehrsanliegen und eine sinnvolle Stadtentwicklung ein, auf kantonaler Ebene bin ich als Dienstleister für die Partei unterwegs. Man könnte meinen, dass das vielleicht etwas viel SP auf einmal ist. Bei mir ist das aber nicht der Fall. Es ist mir noch überhaupt nicht verleidet. Ganz im Gegenteil!»

STOCKBÜRGERLICHER FEDERKOHL

Wenn Parteien Gemüse wären, wäre die GLP ein Federkohl: irgendwie grün, derzeit gerade voll trendy und weil mans noch nicht kennt, kann man auch kaum etwas Schlechtes darüber sagen. Da hat es der aus Kindertagen gefürchtete «Rööslichöhli» deutlich schwerer. Oder anders gesagt: dass die Partei es zu ihrem Programm gemacht hat, keins zu haben, wirkt anziehend. So haben die «Grünlabilen» in den ersten Jahren ihres Daseins auch in unserem Teich gefischt und damit kokettiert, ein bisschen alles und nichts und deshalb auch ein bisschen links zu

sein. Nur halt besser. Und frischer. Wie Federkohl eben.

Um bei den anderen Parteien mitreden zu können, haben die Grünliberalen gleich mal eine Art Pfadtaufe abgelegt und eine Volksinitiative namens «Energie- statt Mehrwertsteuer» gesammelt. Die kommt Anfang März zur Abstimmung – und wird hoffentlich abgelehnt. Denn wenn wir davon ausgehen, dass die Besteuerung von fossiler Energie ihre Lenkungswirkung tatsächlich entfaltet und deutlich weniger «Most» verbraucht wird, schmelzen die Steuereinnahmen wie Schnee auf der Motorhaube eines SUV. Das wäre nicht schlimm, wenn die Energie-

STEFAN KRATTIGER

ROTSTICH

steuer nicht die Mehrwertsteuer ersetzen würde. Genau das soll sie aber.

Nun muss sogar ein Mehrwertsteuer-Kritiker zugeben, dass diese verlässlich einen wesentlichen Teil unseres Staates finanziert – teilweise auch die Sozialwerke. Kurz: Funktioniert die Energiesteuer, reisst sie ein Loch in die Staatskasse und Sparprogramme auf dem Buckel aller sind die Folge. Eine, die wohl im Sinne der Erfinderin ist. «Ganz die Mama!», muss man über die Erstgeborene der GLP sagen: Was auf den ersten Blick sympathisch, erfrischend unkonventionell und ökologisch wirkt, ist auf den zweiten Blick vor allem eines: stockbürgerlich und unsozial.

Suchen und finden – sicher im Internet D2.6.1527

13.3.; Technopark, Zürich
Umfassende Google-Suche und Tricks, verschiedene Suchwerkzeuge nutzen, Überprüfung der Informationen, Sicherheitstipps für den Umgang mit dem Internet. Referentin: Claudine Traber (Mediengewerkschaft SSM)

Wie bin ich als ArbeitnehmerIn versichert? D2.3.1505

26.3.; Unia, Zürich
System der sozialen Sicherung, Sozialversicherungszweige, Rechte als Arbeitnehmende. Referentin: Christine Goll (Movendo)

Bewerbungsdossier wirkungsvoll gestalten (Word 2013) D2.6.1530

27.3.; Computerschule Bern, Bern
Bewerbungs- bzw. Motivationsbrief sprachlich korrekt formulieren, Lebenslauf wirkungsvoll darstellen, Bewerbungsdossier in PDF-Dokument umwandeln. Referent: Peter Schriber (Informationsberater)

Finanzkrisen, ihre Ursachen und unsere Antworten D2.1.1507

27.3.; Restaurant Aarhof, Olten

Ursachen und Folgen der Finanz-, Schulden- und Eurokrise, gewerkschaftspolitische Antworten darauf. Referenten: Oliver Fahrni (Redaktor der Zeitung «work»), David Gallusser (SGB)

Protokollführung D1.8.1514

9.–10.4.; Fortbildungszentrum, Oberdorf SO
Bedeutung und Arten von Protokollen, Instrumente zur raschen Erfassung des Gehörten, professionelle Gestaltung des Protokolls. Referent: Gerhard Friedl (Erwachsenenbildner)

Die Wirtschaft verstehen D1.8.1505

22.–23.4.; Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH
Ökonomische Grundbegriffe und Zusammenhänge, bezahlte und unbezahlte Arbeit, Rezepte der Gewerkschaften für eine gerechtere Wirtschaft. ReferentInnen: David Gallusser und Daniel Lampart (SGB), Danièle Lenzin (Unia)

Welche Perspektiven für den Service public? D1.8.1506

24.4.; vpod-Zentralsekretariat, Zürich
Gewerkschaftliche Positionen

zur Zukunft des Service public. Referentinnen: Dore Heim (SGB), Annette Hug (vpod)

Was, wenn die Rente nicht zum Leben reicht? D2.3.1504

27.4.; vpod-Zentralsekretariat, Zürich
System der Ergänzungsleistungen zu AHV und IV (1. Säule), Funktionsweise, Anleitung zur Berechnung des Anspruchs. Referentin: Christine Goll (Movendo)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch, Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031 370 00 71
Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung pro Jahr werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 230 statt 390 Franken bzw. 300 statt 450 Franken pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

13. FEBRUAR

Koordinationskonferenz in Martigny

14. FEBRUAR

ausserordentlicher Wahlparteitag in Martigny

8. MÄRZ

eidgenössische Abstimmungen

20. MÄRZ

Mitgliederversammlung SP Frauen

21. MÄRZ

Mitgliederkonferenz SP 60+

24. APRIL

Koordinationskonferenz

25. APRIL

Delegiertenversammlung

14. JUNI

eidgenössische Abstimmungen

3. JULI

Koordinationskonferenz Deutschschweiz

6–8. AUGUST

Sommeruni in Chandolin

12. SEPTEMBER

nationale Wahlveranstaltung der SP Schweiz

18. OKTOBER

nationale Wahlen

29. NOVEMBER

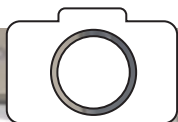
eidgenössische Abstimmungen

4. DEZEMBER

Koordinationskonferenz

5. DEZEMBER

Delegiertenversammlung



Der Entscheid der SNB hat dem Anlass des SP-Netzwerks KMU noch zusätzlich Aktualität verschafft: «Herausforderungen der Druckindustrie im europäischen und globalen Kontext – Wie profiliert sich ein Schweizer Unternehmen?» war das heiss diskutierte Thema bei der Sihldruck in Zürich.



NEIN

zur «Familieninitiative» der CVP

Langzeitarbeitslosigkeit muss verschwinden.

Mit verschiedensten Angeboten schaffen wir Perspektiven für Menschen, die seit langem keine Stelle mehr haben. Danke, dass Sie uns dabei unterstützen.

www.sah-schweiz.ch
PC-Konto 30-241785-6

 **Schweizerisches
Arbeiterhilfswerk SAH**
Arbeit und Integration